

Lieber Freund,

als wir erneut über die atlantische Freihandel, die TTIP-Verhandlungen und die US-Wahlen diese Woche sprachen, hast Du zu Recht zwei Fragen in den Mittelpunkt gestellt:

- Gibt es eine Wertegemeinschaft Europa-USA
- Sollen wir einen Gemeinsamen Markt bilden?

Oberflächlich handelt es sich auf beiden Seiten des Nord-Atlantik um demokratische Rechtsstaaten. Analysiert man aber den demokratischen Charakter, so gibt es wesentliche, ja extreme Unterschiede, die bedenklich stimmen. Hauptunterschied ist die absolute Millionärsherrschaft in den USA: man hat festgestellt, dass im Kongress praktisch nur Multi-Millionäre sitzen – höchstens mal solche Abgeordnete oder Senatoren, die nur durch Millionärsspenden ihren Wahlkampf gewinnen konnten, dann aber unter Nutzung ihrer politischen Rolle rasch selbst zu Millionären wurden. Demgegenüber herrscht in Europa das staatliche Parteienfinanzierungsprinzip vor, das auch einfachen und ärmeren Bürgern den Weg in die Parlamente ermöglicht. Parteispendingen spielen bei der Finanzierung von Wahlkämpfen keine so entscheidende Rolle, da zudem ihre Höhe vielfach gesetzlich begrenzt wird.

So entsteht in Europa regelmäßig Skandalgeschrei, wenn Industrie-Spenden von ein paar hunderttausend € an die Bundestagsparteien bekannt werden, während in den USA Unternehmen auf Grund höchstrichterlicher Entscheidung politische Subjekte mit Meinungsfreiheit wie natürliche Personen sind und mit unbegrenzten Mitteln in Wahlkämpfe eingreifen dürfen.

So wundert es nicht, dass eine wissenschaftliche Untersuchung von 150 politischen Vorgängen erbrachte, dass in all diesen Fällen der Kongress nicht so entschieden hat, wie Umfragen mehrheitliche Meinung zeigten, sondern so, wie es den Unternehme(r)n und Managern gefiel. Man darf nüchtern feststellen, dass die USA eine Plutokratie sind, in der die Herrschaft nicht vom Volke, sondern von den Millionären ausgeht.

Hinzu kommen die zahllosen Manipulationen am Zuschnitt von Wahlkreisen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. In den USA werden Wahlkreise immer wieder aus räumlich getrennten Teilen so zusammengesetzt, dass die Wiederwahl eines mächtigen Politikers gesichert erscheint – meiner Kenntnis nach in Europa undenkbar!

Es muss aber auch gesagt werden, dass unterhalb dieser hohen Ebene viel echte Demokratie praktiziert wird. Viele Volksinitiativen und –abstimmungen auf Ebene der Bundesstaaten zeigen Bürgerengagement und Gestaltungschancen „von unten“.

So viel zur Gemeinsamkeit als Demokratien. Nun zur Werte-Gemeinschaft: zwar sind Europa und USA Erben einer gemeinsamen Kultur, die ganz wesentlich mit der Entwicklung des Christentums verbunden ist. Aber der derzeitige Zustand der Gesellschaften ist grundverschieden: während US-Umfragen zeigen, dass ähnlich wie in streng islamischen Ländern Religion weithin als lebensbestimmender Glauben praktiziert wird, wird Europa immer laizistischer, selbst früher so homogen katholische Länder wie Spanien, Italien und Polen. Während evangelikales Intensiv-Christentum in USA große Verbreitung und Einfluss hat, sind christliche Fundamentalisten in Europa kleine Sekten und bedeutungslos. Umgekehrt halten wir in Europa, Christen und andere gemeinsam, Todesstrafe und privaten Waffenbesitz für unethisch, während beides in USA nur von Minderheiten abgelehnt wird.

Auch in den großen gesellschaftlichen Fragen der sozialen Gestaltung der Wirtschaft oder einer nachhaltigen Entwicklung des Landes und des Planeten sind die Gewichte zwischen ökologischem und nur wirtschaftlichem Denken auf beiden Kontinenten äußerst verschieden. Während in Europa weithin eine grün-sozialdemokratische Denkweise mit entsprechenden Gesetzen vorherrscht, liegt die Macht in Amerika eindeutig beim Glauben an ungebremste Märkte. Dass Großbritannien bei einigen wirtschaftspolitischen Fragen näher bei USA als beim europäischen Kontinent liegt, darf die Tatsache nicht verstellen, dass Großbritannien in anderen Fragen, z.B. des Klimaschutzes, eine Führungsrolle einnimmt, während gerade die US-Wahlen der letzten Tage zeigten, dass man dort mit Verleugnung des Klimawandels Wahlen gewinnt.

Große Gemeinsamkeit mit den USA gibt es allerdings in der Wissenschaft: USA und Europa kooperieren und konkurrieren an der Front des Wissens und der Forschung. Wissenschaftler aus beiden Regionen sind zumeist auch im Urteil einig und dabei gemeinsam eher auf der europäischen Linie. Aber obwohl die USA eine wissenschaftliche Führungsnation ist, haben diese Wissenschaftler dort kaum Einfluss auf die weithin rückständige, Wissenschaft verleugnende Haltung der Gesellschaft.

Einzuräumen ist, dass Europa eine Risikoaversion pflegt, die oft aus einem tiefen Misstrauen gegenüber der Wissenschaft gespeist wird. Kernenergie, Gentechnik und Fracking sind in Europa Angst-Technologien, bei denen die USA die europäische

Verweigerung nicht verstehen.

Wenn diese Analyse klar zeigt, wie gering die Wertegemeinschaft mit den USA ist, sollen wir dann eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden, wie es in den Verhandlungen zu TTIP angestrebt wird? Ich meine: NEIN.

Nach dem wenigen, was man über die TTIP-Verhandlungen erfährt, ist dabei geplant, dass die wechselseitige Zulassung von Produkten und Dienstleistungen nach festzulegenden Regeln verhandelt werden soll, d.h. TTIP legt lediglich die Strukturen und Regeln dieser Verhandlungen, nicht aber ihr Ergebnis fest. Wenn dieses Verständnis richtig ist, bleiben zwar auch nach TTIP-Abschluss beide Seiten frei, die jeweilige Marktöffnung zu verweigern, der Druck zur Einigung wird aber groß sein.

Zwar verhandelt auf europäischer Seite die Kommission für alle Mitgliedstaaten, gleichwohl aber wird es den USA als monolithischem Partner immer wieder möglich sein, zum eigenen Vorteil einen Keil in die EU-Position zu treiben, weil es immer einige EU-Mitgliedstaaten geben wird (nicht nur häufig Großbritannien), die die US-Vorschläge befürworten.

Diese Verhandlungs-Kontroversen werden immer wieder von der nicht vorhandenen Wertegemeinsamkeit in sozialen und ökologischen Fragen geprägt sein, man denke nur an das im Europäischen Umweltrecht implementierte Vorsorgeprinzip gegenüber der US-Praxis, den Unternehmen viel Spielraum zu lassen, sie aber teilweise drakonisch zu bestrafen, wenn sie Schäden verursachen, also à posteriori. Bei der Medikamentenzulassung scheinen die USA aber nicht weniger streng als die EU.

Diese sehr grundlegende Ablehnung wegen mangelnder Wertegemeinschaft hat, das sei ausdrücklich gesagt, nichts zu tun mit dem albernen „Chlor-Hähnchen“ und auch nicht mit dem völlig unnötigen Investoren-Schutz durch Schiedsverfahren statt ordentlicher Gerichte. Die Ablehnung von TTIP behindert beide Partner auch nicht, Schritt für Schritt bestimmte Standards von z.B. von Software, Steckern oder Außenspiegeln zu vereinheitlichen, noch vorhandene Zölle abzuschaffen oder Versicherungen wechselseitig Marktzugang zu gewähren.

Am Ende sei noch ein besonders ärgerlicher Punkt in der Pro-TTIP-Argumentation kommentiert: die Arbeitsplatz-Expansion, über die da spekuliert und schwadroniert wird. Jede Form von mehr Freihandel zwischen USA und Europa ist zunächst eine Rationalisierungsmaßnahme, die am Arbeitsmarkt primär negative Effekte hat. Ob es trotz dieser Rationalisierung wie so oft in der Vergangenheit einen Zuwachs an Arbeitsplätzen geben wird, ist äußerst fraglich. In der Vergangenheit haben Rationali-

sierungen zumeist Produktionspotenziale für zusätzliche Produkte freigesetzt, was wiederum Arbeitsplatzverluste kompensierte. Ob dies für die Krisen geschüttelten Länder der EU jetzt auch gelten wird, muss bezweifelt werden, da dort die hohe Arbeitslosigkeit ja bereits ein riesiges Produktionspotenzial darstellt. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen halt immer nur dann, wenn Investoren, bzw. Produzenten und Konsumenten gleichzeitig optimistisch sind und jeweils in Vorlage gehen, d.h. investieren, weil sie den Absatz der produzierten Waren erwarten, und konsumieren, weil die Verbraucher stabile oder gar steigende Einkommen erwarten.

Was wird nun geschehen? In den USA braucht der Präsident noch eine Vollmacht, das Abkommen im Kongress als Ganzes abstimmen lassen zu können; ob er diese Vollmacht vom nun gänzlich republikanischen Kongress erhalten wird, ist unklar, weil die Republikaner einerseits an TTIP interessiert sind, andererseits aber dem Präsidenten keinerlei Erfolg ermöglichen wollen. Die Haltung der Europäer ist nur in wenigen Mitgliedstaaten so anti-TTIP wie in Deutschland. Auch die Bundesregierung ist leider einheitlich für ein solches Abkommen, wenn auch mit Modifikationen. Also wird das Abkommen zu Ende verhandelt und ratifiziert werden. Ob dann nur das Europäische oder auch alle nationalen Parlamente zustimmen müssen und ggf. werden, ist offen. Aus europapolitischer Sicht halte ich die alleinige Zustimmung des EP für richtig. Die alleinige außenhandels-Zuständigkeit der EU-Gremien ist ein wichtiger Fortschritt zur Union gewesen und sollte auch wegen TTIP nicht in Frage gestellt werden.

Also wird TTIP kommen!

Leider!

Gerd Eisenbeiss, 8.11.2014